

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

HaFA (Land)

30. Sitzung

18.08.2017

Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

30. Sitzung
am 18.08.2017

im Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Frau Aulepp (SPD), Mitglied
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied
Abg. Herr Gottschalk (SPD), Mitglied
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP), Mitglied
Abg. Herr Hinners (CDU), Mitglied
Abg. Herr Leidreiter (BIW), Mitglied
Abg. Herr Liess (SPD), stellvertretender Vorsitzender
Abg. Herr Özdal (CDU), Mitglied
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE), Mitglied
Abg. Herr Schmidt (SPD), Mitglied
Abg. Frau Tuchel (SPD), Mitglied
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Strehl)	
Herr Sommer)	
Herr Fehren)	
Herr Meyer)	
Frau Dr. Saebetzki)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Schneider)	
Frau Dr. Hellmeyer)	
Frau Kreitz)	
Frau Oberdörfer)	
Frau Dr. Figura)	
Herr Knoop)	
Frau Schüttrumpf)	
Frau Bleiker)	
Frau Kral)	
Herr Kratky)	
Frau Sokol)	Präsidentin des Rechnungshofs
Herr Meyer-Stender)	vom Rechnungshof der Freien
Frau Dr. Otten)	Hansestadt Bremen
Herr Sommer)	von der Senatskanzlei

Herr Schütte-Thuy	von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Lockfeldt	vom Senator für Justiz und Verfassung
Frau Odenkirchen) Herr Oeljeschläger)	vom Senator für Inneres
Frau Bartelt) Frau Dr. Reiners)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Frau Nanninga	vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Herr Hartwig	vom Gesamtpersonalrat Bremen
Frau Tanja Meyer	von Immobilien Bremen
Frau Kreuzer	von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Frau Gebler	von der Bürgerinitiative Pro Unibad
Herr Müller	von der Bremer Straßenbahn AG
Frau Mußmann	Mitarbeiterin der Fraktion der CDU
Herr Löffler	von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 14.36 Uhr.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, den Tagesordnungspunkt III. 4.5 (Erteilung von zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung für die Sanierung der Justizvollzugsanstalt) wegen einer bislang nicht erfolgten Befassung des Rechtsausschusses mit dieser Vorlage für die heutige Sitzung auszusetzen.

Öffentlicher Teil

I. Protokoll

1. Protokoll der 29. Sitzung vom 9. Juni 2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 29. Sitzung vom 9. Juni 2017.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Dezember 2016 - Vorlage Drs. 19/881 - Dazu: Berichtsentwurf an die Bürgerschaft

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig den Berichtsentwurf an die Bürgerschaft und bittet den Ausschussreferenten das notwendige zu veranlassen.

1.2 Sechs zusätzliche Richterstellen schaffen! Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017 - Vorlage Drs. 19/1117 - - Dieser Antrag ist federführend an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überwiesen worden. -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, diesen Tagesordnungspunkt bis zu Vorlage eines Berichtes des mitberatenden Rechtsausschusses auszusetzen.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Stand: 15. Juni 2017)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Auftragsliste zur Kenntnis und bittet die Fraktionen und die Gruppe zur nächsten Sitzung mitzuteilen, welche Berichte bereits zu den Haushaltsberatungen 2018/2019 vorgelegt werden sollen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten - Vorlage 19/358 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt den beantragten Fristverlängerungen zu.

3. Sonstiges

3.1 Haushaltsberatungen 2018/2019 Berichterstatterbenennung und Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen - Vorlage: Übersicht über die Berichterstatter und Entwurf einer Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt die Übersicht über die Berichterstatter für die Haushaltsberatungen 2018/2019 mit der Maßgabe, dass der Produktplan Umwelt, Bau und Verkehr zwischen der Abg. Frau Aulepp (Umwelt) und dem Abg. Herrn Liess (Bau und Verkehr) aufgeteilt wird und eine Berichterstattung zum Produktplan Wirtschaft durch die Abg. Frau Steiner erfolgt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt die Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen 2018/2019 und kommt darin überein, die Haushaltsberatungen am 16. und 17. November 2017, beginnend ab jeweils 9:30 Uhr bis ca. 18 Uhr (am 17. November 2017 ggf. „open end“) durchzuführen. Dann noch offene Punkte können in der regulären Sitzung der Haushalts- und Finanzausschüsse am 1. Dezember 2017 beraten werden.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

1.1 Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - 3. Zwischenbericht - Vorlage 19/359 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den 3. Zwischenbericht der Senatorin für Finanzen zur Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, über die vermutlichen finanziellen Auswirkungen der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zu berichten, soweit belastbare Zahlen vorhanden sind.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, den 4. Zwischenbericht zu Sitzung im Februar 2018 vorzulegen.

1.2 Cum-Cum und Cum-Ex-Geschäfte **hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 86 der Auftragsliste**

Auf Nachfrage der Abg. Herren Rupp und Gottschalk erklärt **Frau Dr. Figura**, eine Schadensfeststellung sei grundsätzlich nur möglich, wenn die dahinter stehenden konkreten Transaktionen nachgewiesen werden können. Dies sei jedoch in der Praxis sehr schwierig. Unter einer „tiefergehenden Bestandsaufnahme“, wie im zweiten Absatz auf Seite 3 der Vorlage dargestellt, sei im Grundsatz eine interne Überprüfung der internen Arbeitsabläufe zu verstehen. Dabei seien die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit dem Ziel einer Verbesserung von Betriebsprüfungen in die Arbeitsabläufe implementiert worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis und sieht die lfd. Nr. 86 der Auftragsliste als erledigt an.

1.3 Verordnung zur Änderung der Gesundheits-Kostenverordnung

Abg. Herr Fecker möchte unter Bezugnahme auf die Kostenverzeichnisnummer 520.00 wissen, ob die für eine amtliche Leichenschau vor Feuerbestattung vorgesehene Gebühr von 51 € noch auskömmlich sei, da diese Gebühr der Höhe nach in den letzten zehn Jahren nicht angepasst wurde.

Herr Meyer erklärt, dass trotz entsprechender Einladung durch das Finanzressort ein Vertreter des Fachressorts nicht anwesend sei.

Abg. Herr Fecker bittet unter diesen Umständen um Aussetzung dieses Tagesordnungspunktes bis zur nächsten Sitzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2016 (Stand: 13. Monat 2016)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2016 (Stand: 13. Monat 2016) zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zu den Ergebnissen der Verwarnungs- und Bußgelder im Rahmen des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung, der dem Abschlussbericht beigefügt ist (Anlage 2), zur Kenntnis.

2.2 Controllingbericht Januar – April 2017 - Vorlage 19/363 L -

Abg. Herr Rupp möchte wissen welche Auswirkungen die relevanten Minderausgaben bei Soziales auf den Gesamthaushalt 2017 haben und ob für diese Minderausgaben eine andere Verwendungsmöglichkeit geprüft werde.

Herr Schneider antwortet, die Minderausgaben bei den Sozialkosten beruhen im Wesentlichen auf geringeren Ausgaben für Flüchtlinge. Soweit sich diese positive Ausgabenentwicklung weiter fortsetze, bestehe gegebenenfalls die Möglichkeit, dass sich der Senat für das Haushaltsjahr 2017 wegen der hohen Flüchtlingskosten nicht auf den Ausnahmetatbestand nach Art. 131 a Landesverfassung berufen müsse.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - April 2017 zur Kenntnis.

2.3 Umbau der Verwaltung und Infrastruktur Bericht über den Umsetzungsstand des ressortübergreifenden Projekts zur Bündelung der Personalsachbearbeitung hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 18 der Auftragsliste

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den vorliegenden Bericht zum Umsetzungsstand des integrierten Personalservice bei Performa Nord zur Kenntnis. Er bittet die Senatorin für Finanzen zukünftig im Rahmen der Berichterstattung des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (Vorhaben 6.5) über die Bündelung der Personalsachbearbeitung zu berichten.

2.4 Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes 1. Kapitel (KInvFG I) im Land Bremen hier: Berichtsbitte Nr. 55

Abg. Herr Prof. Dr. Hilz möchte unter Bezugnahme auf die Vorlage zum Schulzentrum Bgm.-Smidt in Bremerhaven wissen, ob der dort für das Jahr 2016 angegebene IST-Betrag für einen Mittelabfluss i.H.v. 733.000 € in Anbetracht des aktuellen Projektstandes noch realistisch sei bzw. ob hier eine weitere zeitliche Verschiebung drohe.

Abg. Herr Fecker wünscht sich in zukünftigen Berichten eine bessere Darstellung über den jeweiligen Fortschritt bei den einzelnen Projekten.

Abg. Herr Eckhoff fragt, wann ein Projekt nach den in der Vorlage beschriebenen Kriterien abgeschlossen sei.

Herr Schneider antwortet, ein Projekt sei mit Abrechnung, also Bezahlung aller offenen Rechnungen, abgeschlossen.

Abg. Herr Rupp möchte wissen, ob durch dieses zusätzliche Programm die Umsetzung der sonstigen Bauinstandhaltungs- bzw. Bauunterhaltsmaßnahmen - insbesondere wegen mangelnder Personalkapazitäten - beeinträchtigt werden.

Herr Kratky antwortet zur Fragestellung des Abg Prof. Hilz, dass die Übersicht auf Seite 4 der Vorlage in der Spalte „Ist-2016“ eigentlich einen Planwert meine. Inwieweit tatsächlich bereits ein Mittelabfluss für das Schulzentrum Bgm.-Smidt zu verzeichnen sei, werde er in schriftlicher Form im Rahmen einer Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) nachreichen.

Staatsrat Strehl ergänzt, grundsätzlich werden alle Investitionsprojekte, auch die außerhalb dieses Programmes liegenden, umgesetzt. Soweit erforderlich, werde hierfür auch zusätzliches Personal eingestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes im Land Bremen zur Kenntnis.

4. Vollzug der Haushalte, Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten

4.1 Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT) Deckung von Miet- und Bewirtschaftungskosten für zusätzliche Büro- und Laborflächen sowie Erstausrüstung und Umbaumaßnahmen für das Herrichten der zusätzlich anzumietenden Büro- und Laborflächen - Vorlage 19/366 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig zur Darstellung des Landesanteils für Miet- und Bewirtschaftungskosten sowie für die Erstausrüstung und Umbaumaßnahmen im Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung Folgendes:

- Nachbewilligung i. H. v. 203.650 € beim konsumtiven Zuschuss an das Leibniz-Institut Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT), die durch Einsparung bei der Hst. 0290/686 40-7, Zuschüsse für Anlauf- und Projektfinanzierungen im Forschungsbereich, gedeckt wird,

- Nachbewilligung i. H. v. 450.000,00 € beim investiven Zuschuss an das Leibniz-Institut Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT), die durch Einsparung bei der Hst. 0290/893 40-2, Investitionszuschüsse für Anlauf- und Projektfinanzierungen im Forschungsbereich, gedeckt wird,

- Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) für die konsumtiven und investiven Anteile i. H. v. insgesamt 1.010.950 € mit Abdeckung in den Jahren 2018 bis 2020. Zum Ausgleich der

zusätzlichen VE wird die veranschlagte VE bei Hst. 0995/790 10-6, Investitionsreserve, in gleicher Höhe nicht in Anspruch genommen.

**4.2 PGR 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
Hst. 0305/684 60-0 Zuschüsse im Rahmen der
Arbeitsmarktprogramme
hier: Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in
Höhe von 4.030.650 €
- Vorlage 19/367 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Gruppe BiW der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4.030.650 € zu Lasten 2018 (1.731.520 €) 2019 (1.510.000 €) 2020 (683.480 €) und 2021 (105.650 €) bei Hst. 0305/684 60-0 Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme zu.

**4.3 PGR 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
Hst. 0308/686 53-1 EU-Zuschüsse ESF 2014-2020
hier: Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in
Höhe von 576.000 €- Förderzentren
- Vorlage 19/368 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP und der Gruppe BiW der Erteilung der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 576.000 € zu Lasten 2018 (432.000 €) und 2019 (144.000 €) bei Hst. 0308/686 53-1 EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel) zu.

**4.4 PGR 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
Hst. 0308/686 53-1 EU-Zuschüsse ESF 2014-2020
hier: Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in
Höhe von 747.000 € im Staffelfverfahren
- Vorlage 19/369 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP und der Gruppe BiW der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 747.000 € zu Lasten 2018 (426.720 €), 2019 (267.310 €) und 2020 (52.970 €) bei Hst. 0308/686 53-1 EU-Zuschüsse 2014-2020 (Programmmittel) zu.

**4.5 Produktgruppe: 97.99.01 Sondervermögen Immobilien und Technik (L)
Erteilung von zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen für die
Sanierung der Justizvollzugsanstalt
- Vorlage 19/370 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

**4.6 Produktgruppe: 97.99.02 Sondervermögen Immobilien und Technik(L)
Nachbewilligung von 500.000 € an Haushaltsstelle 0988/884 19-7 SVIT,
Modernisierung der Inhouse-Verkabelung - passive Netzwerke -
- Vorlage 19/371 L -**

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Eckhoff erklärt **Frau Kreitz**, dass mit der in der Vorlage beschriebenen Inhouse-Verkabelung die Umstellung auf digitale Telefonie gemeint sei. Diese habe sich insbesondere wegen der haushaltslosen Zeit im Jahr 2016 verzögert.

Die **Abg. Herren Fecker und Prof. Hiltz** bitten spätestens zur Novembersitzung um eine Berichterstattung zu den Gründen der zeitlichen Verzögerung, sowie um Darstellung eines Zeitplanes zur weiteren Umsetzung der noch ausstehenden Umstellung auf digitale Telefonie.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe BiW der beantragten Nachbewilligung i.H.v. 500.000 € bei der Haushaltsstelle 0988/884 19-7 zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 0950/812 08-6 in entsprechender Höhe.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

**5.1 Intensivierung der Einnahmen aus Gewinnabschöpfung und
Unternehmensgeldbußen
- Vorlage 19/371 L -**

Auf Nachfrage erläutert **Herr Lockfeld**, aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren, insbesondere aufgrund der auf Seite 1 der Vorlage dargestellten Entwicklung der Ist-Einnahmen aus der Gewinnabschöpfung, werde davon ausgegangen, dass ein höherer Personaleinsatz auch zu höheren Einnahmen führe. Die extreme Steigerung zwischen dem Jahr 2015 und 2016 beruhe auf einem Einzelfall. Gegenwärtig werde auch für das Jahr 2017 ein vergleichbar hoher Gewinnabschöpfungswert wie im Jahre 2016 erwartet.

Herr Sommer weist auf weitere Nachfrage darauf hin, dass der Personalzuwachs von insgesamt 35,5 VZE über die Einrichtung von sogenannten Flexibilisierungskonten erfolge.

Dadurch wäre sichergestellt, dass im Falle geringerer Einnahmen aus der Gewinnabschöpfung zeitnah eine Anpassung des Personaleinsatzes erfolgen könne.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP und der Gruppe BiW der Finanzierung der entstehenden Personal- und Sachausgaben bei dem Senator für Justiz und Verfassung sowie dem Senator für Inneres aus Mitteln der „Intensivierung der Einnahmen aus Gewinnabschöpfung und Unternehmensgeldbußen“ zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP und der Gruppe BiW den Vereinbarungen zwischen der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Inneres sowie zwischen der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Justiz und Verfassung über die Einrichtung von Flexibilisierungskonten sowie zur „Intensivierung der Einnahmen aus Gewinnabschöpfung und Unternehmensgeldbußen“ zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

5.2 Einrichtung einer refinanzierten Stelle beim Statistischen Landesamt für das Projekt "Kommunen innovativ WEBWiKo: Werkzeuge und Methoden zur Erstellung kleinräumiger Bevölkerungsprognosen und Wirkungsszenarien in der inter- kommunalen Kooperation "
hier: PGR 07.04.01 Statistiken (L)
- Vorlage 19/373 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Einrichtung einer refinanzierten Stelle beim Statistischen Landesamt für das Projekt "Kommunen innovativ WEBWiKo: Werkzeuge und Methoden zur Erstellung kleinräumiger Bevölkerungsprognosen und Wirkungsszenarien in der interkommunalen Kooperation“ zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

5.3 Änderung der Zuständigkeiten des Ausbildungsförderungsrechts
- Vorlage 19/374 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die anliegende Deputationsvorlage zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Budgetverlagerung in Höhe von insgesamt 428.671 Euro (368.171

Euro Personalmittel und 60.500 Euro sonstige konsumtive Ausgaben) aus der Produktgruppe 21.90.01 in den Produktplan 24 zwecks Aufstockung des Zuschusses an das Studentenwerk zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

6. Bürgerschaft- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 des Sondervermögens Immobilien und Technik (Land) - Vorlage 19/375 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stellt einstimmig den Jahresabschluss 2016 mit einem Verlust in Höhe von 252.427,67 € fest und stimmt der Bildung eines Verlustvortrages in entsprechender Höhe zu. Insgesamt weist das Sondervermögen (Land) damit einen Bilanzverlust in Höhe von 1.521.318,21 € aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) erteilt der Geschäftsführerin der Immobilien Bremen AöR, Frau Susanne Kirchmann, als Geschäftsbesorgerin des Sondervermögens einstimmig die Entlastung für das Geschäftsjahr 2016.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig einer Nachbewilligung in Höhe von 53.224,70 € zum Ausgleich des liquiditätswirksamen Teils des Verlustvortrages zu und ermächtigt die Finanzverwaltung, den erforderlichen Land/Stadt-Ausgleich unter Deckung durch Mehreinnahmen bei der Hst. 3987/214 14-6, Gewinnabführung vom Sondervermögen Immobilien und Technik, vorzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Veröffentlichung des Berichts über den Jahresabschluss 2016 des Sondervermögens Immobilien und Technik (Land) im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen gem. § 33 BremSVG zu.

IV. Verschiedenes**1. Gemeinsame Beratende Äußerung des Rechnungshofs und der Gemeindeprüfung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben**

Frau Sokol stellt die gemeinsame beratende Äußerung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen sowie der Gemeindeprüfung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben vor.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis.

(Ende des öffentlichen Teils um 15.45 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Vorsitzender